

# BR/GT I/93 d/71

## Travaux Préparatoires EPÜ 1973

### Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.



REGIERUNGSKONFERENZ  
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 5. Januar 1971  
BR/GT I/93/71

- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf einer Ausführungsordnung  
zum Übereinkommen über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

Vorschläge

zu Artikel 17, Nummer 1,  
zu Artikel 17, Nummer 4,  
zu Artikel 59, Nummer 1,  
zu Artikel 66, Nummer 1,  
zu Artikel 66, Nummer 1 und Artikel 106, Nummer 1 - Bemerkung,  
zu Artikel 85, Nummer 2,  
zu Artikel 97, Nummer 1,  
zu Artikel 101, Nummer 1,  
zu Artikel 101, Nummer 1<sup>bis</sup>,  
zu Artikel 124, Nummer 1,  
zu Artikel 128, Nummer 1,  
zu Artikel 172, Nummer 1,  
zu Artikel 186, Nummer 2.



Erfindernennung

---

Vorschlag

---

(1) Der Erfinder kann dem Europäischen Patentamt nur vom Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents genannt werden. Vorbehaltlich Artikel 69a des Übereinkommens kann die Nennung des Erfinders jederzeit ... entschieden ist.

(2) Die Erfindernennung kann in dem Antrag oder in einem gesonderten Schriftstück eingereicht werden. Sie muß ... enthalten.

(3) unverändert

Bemerkungen:

1. Die Änderungen, die an diesem Artikel in der Fassung des Dokuments BR/67/70 Seite 4 vorgenommen worden sind, tragen den Änderungen Rechnung, die die Vor-schriften des Übereinkommens über die Erfindernennung durch die Arbeitsgruppe I erfahren hat.

Der neue Artikel 69a des Übereinkommens sieht für bestimmte Fälle die sofortige Nennung des Erfinders vor.

2. Absatz 2 des vorgeschlagenen Artikels ist mit Artikel 4 PCT in Einklang gebracht worden, der vorsieht, daß die Erfindernennung im Antrag erfolgen kann.

3. Die in dem vorgenannten Dokument enthaltenen Bemerkungen unter dem entsprechenden Artikel werden beibehalten.

Zu Artikel 17Nummer 4 (neu)

## Verzicht des Erfinders auf seine Nennung

---

Vorschlag

---

Artikel 17 des Übereinkommens ist nicht anzuwenden, wenn die als Erfinder genannte Person dem Europäischen Patentamt schriftlich mitteilt, daß sie sich dieser Nennung widersetzt. Eine solche Erklärung läßt jedoch die Verfahrenshandlungen unberührt, die das Europäische Patentamt bis zu dem Tag vorgenommen hat, an dem die Erklärung dem genannten Amt zugeht.

Bemerkung:

Dieser Vorschlag wird zur Diskussion gestellt, da die Arbeitsgruppe I auf ihrer letzten Sitzung im Dezember 1970 die Untergruppe gebeten hat, zu prüfen, ob eine solche Bestimmung erforderlich ist. Besondere Probleme könnten sich infolge der Berücksichtigung des Vorschlags der schwedischen Delegation zur Erfindernennung durch die Arbeitsgruppe I ergeben.

Zu Artikel 59

(früher Artikel 60)

Nummer 1

## Eintragungen in das europäische Patentregister

---

Vorschlag

---

(1) Im europäischen Patentregister müssen folgende Angaben vermerkt werden:

.....  
.....  
.....

xv<sup>bis</sup>) die Einreichung eines Antrags nach Artikel 124 des Übereinkommens;

Bemerkung:

Vgl. Dokument BR/42/70, Seite 32. - Der vorgeschlagene Zusatz ergibt sich aus den Beschlüssen der Arbeitsgruppe I. (Sitzung im Dezember 1970) über den Antrag auf Umwandlung einer europäischen Anmeldung in eine nationale Anmeldung.

Form und Inhalt des Antrags auf Patenterteilung

---

Vorschlag

---

(1) unverändert

(2) Der Antrag muß enthalten:

a) unverändert

b) unverändert

c) unverändert

c<sup>bis</sup>) die Erfindernennung, wenn sie im Zeitpunkt der Einreichung der Anmeldung zu  
erfolgen hat;

d) unverändert

e) unverändert

Bemerkung:

Vgl. Bemerkung 2 zu Artikel ... (Nr. 1 zu Artikel 17) in diesem Dokument.

Zu Artikel 66 Nummer 1 und zu Artikel 106 Nummer 1

Bemerkung:

Die Arbeitsgruppe I hat auf ihrer letzten Sitzung (Dezember 1970) auf Vorschlag ihres Vorsitzenden (Dokument BR/GT I/67/70, Seite 39) beschlossen, die Vorschriften der Artikel 84, 106 und 114 über die mündliche Verhandlung in einem neuen, noch nicht nummerierten Artikel des Übereinkommens zusammenzufassen. Die Bestimmungen der Ausführungsordnung zu Artikel 106 Nummer 1 und zu Artikel 114 Nummer 1 (Dokument BR/59/70, Seiten 11 und 17) müßten daher diesem Artikel ... als Nummern 1 und 2 zugeordnet werden.

Zu Artikel 85

(früher Artikel 86a)

Nummer 2 (neu)

## Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung

---

Vorschlag

---

Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt für die in Artikel 85 Absatz 4 des Übereinkommens vorgesehenen Fälle, innerhalb welcher Frist vor dem Tag der Veröffentlichung die technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung als abgeschlossen gelten.

Bemerkung:

Die in Artikel 85 Absatz 4 des Ersten Vorentwurfs enthaltene Wendung "vor Abschluß der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung" sollte von dem Präsidenten des Europäischen Patentamts konkretisiert werden, insbesondere um den Anmelder darauf hinzuweisen, innerhalb welcher Frist vor Ablauf der 18 Monate er seine Anmeldung zurücknehmen kann, wenn er ihre Veröffentlichung verhindern will.

Zu Artikel 97

(früher Artikel 96)

Nummer 1 (neu)

Erteilung eines europäischen Patents an gemeinsame Anmelder

---

Vorschlag

---

Sind als Inhaber der europäischen Patentanmeldung in den benannten Vertragsstaaten mehrere Personen in das europäische Patentregister eingetragen, so erteilt die Prüfungsabteilung das europäische Patent den verschiedenen Inhabern jeweils für die sie betreffenden Vertragsstaaten.

Bemerkung:

Dieser Vorschlag wird zur Diskussion gestellt. Es fragt sich, ob eine solche Bestimmung erforderlich ist.

Zu Artikel 101

Nummer 1

## Form des Einspruchs

---

Vorschlag

---

Der Einspruch muß enthalten:

- a) unverändert
- b) unverändert
- c) eine Erklärung darüber, in welchem Umfang gegen das europäische Patent Einspruch eingelegt und auf welche der in Artikel 101a des Übereinkommens vorgesehenen Gründe der Einspruch gestützt wird, sowie die zur Begründung vorgebrachten Tatsachen und Beweismittel;
- d) unverändert

Bemerkungen:

1. Vgl. Dokument BR/59/70, Seite 7. Der Zusatz zu Buchstabe c trägt einem von der Arbeitsgruppe I auf ihrer Sitzung im Dezember 1970 gefaßten Beschluß Rechnung.
2. Die Bemerkung unter dem Wortlaut dieses Artikels in dem Dokument BR/59/70, Seite 7 muß beibehalten werden.

Zu Artikel 101Nummer 1<sup>bis</sup> (neu)Hinweise im Europäischen Patentblatt auf Einsprüche

---

Vorschlag

---

Ist während der Einspruchsfrist kein Einspruch gegen das europäische Patent eingelegt worden, so wird ein Hinweis darauf in das Europäische Patentblatt eingetragen.

Bemerkung:

Vgl. im Ersten Vorentwurf die Bemerkung 3 zu Artikel 101. Danach soll die Ausführungsordnung einen im Europäischen Patentblatt zu veröffentlichenden Hinweis in den folgenden Fällen enthalten: 1) falls Einspruch eingelegt worden ist; 2) falls die Einspruchsfrist ohne Einlegung eines Einspruchs abgelaufen ist. Der erste dieser Hinweise ist bereits implizite in Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 59) vorgesehen (Dokument BR/42/70, Seite 33), da die Registereintragungen im Blatt veröffentlicht werden.

Zu Artikel 124Nummer 1 (neu)

## Form des Antrags auf Umwandlung

---

Vorschlag

---

(1) Der in Artikel 124 des Übereinkommens vorgesehene Antrag ist schriftlich einzureichen.

(2) Der Antrag muß enthalten:

- a) den Namen und die Anschrift des Antragstellers nach Maßgabe des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 66) Absatz 2 Buchstabe c;
- b) die Nummer der europäischen Patentanmeldung, auf die sich der Antrag bezieht, sowie die Bezeichnung der Erfindung;
- c) falls ein Vertreter bestellt ist, seinen Namen und seine Geschäftsanschrift nach Maßgabe des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 66) Absatz 2 Buchstabe c.

Bemerkung:

Die vorgeschlagene Bestimmung ist eine Ausführungsbestimmung zu dem von der Arbeitsgruppe I im Dezember 1970 angenommenen Artikel 124 des Übereinkommens über die Umwandlung der europäischen Anmeldung in eine nationale Anmeldung. Sie lehnt sich an Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 88) über die Form des Prüfungsantrags an (BR/59/70, Seite 2). Es fragt sich, ob diese Bestimmung (insbesondere ihr Buchstabe c) erforderlich ist, da der Antrag auf Umwandlung vom Anmelder selbst, und nicht von einem Dritten eingereicht wird. Sollte diese Bestimmung angenommen werden, so müßte auch eine dem Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 88) ähnliche Bestimmung vorgesehen werden.

11

Zu Artikel 128

Nummer 1 (neu)

Nationale Veröffentlichungen im Fall der Umwandlung einer europäischen Patent-  
anmeldung

---

Vorschlag

---

(1) Die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz ist verpflichtet, die in den Artikeln 125 Absatz 2 und 128 des Übereinkommens genannten Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wenn nach nationalem Recht die Unterlagen des nationalen Verfahrens der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

(2) Auf den nationalen Patentschriften, die aus der Umwandlung einer europäischen Patentanmeldung hervorgehen, ist diese Anmeldung anzugeben.

Bemerkung:

Diese Bestimmungen waren in den Vorschlägen des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I über die Umwandlung der europäischen Patentanmeldungen in nationale Anmeldungen enthalten (Dokument BR/GT.I/45/70, Artikel 127 (117) Seite 29). Die Arbeitsgruppe hat beschlossen, sie in die Ausführungsordnung zu übernehmen. Vgl. auch den Vorschlag zu Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 59) in diesem Dokument.

Zu Artikel 172Nummer 1 (neu)

Ausnahme vom Vertretungszwang

---

Vorschlag

---

Artikel 172 Absatz 2 des Übereinkommens ist auf Dritte, die Antrag auf Prüfung nach Artikel 88 des Übereinkommens stellen, nicht anzuwenden.

Bemerkungen:

1. Vgl. Bericht über die September-Sitzung der Arbeitsgruppe I (BR/49/70) Nr. 52.
2. Vgl. die von der Untergruppe ausgearbeitete Bemerkung bei der Nummer 1 zu Artikel 88 Absatz 2 Buchstabe a.

Zu Artikel 186Nummer 2 (neu)

## Veröffentlichungen über die Beschränkungen der Prüfung

---

Vorschlag

---

Die Beschränkungen der Prüfung der europäischen Patentanmeldungen nach Artikel 186 Absätze 1 und 2 des Übereinkommens und die Aufhebung dieser Beschränkungen werden im Europäischen Patentblatt veröffentlicht.

Bemerkung:

Dieser Vorschlag trägt einem von der Arbeitsgruppe I auf ihrer letzten Sitzung (Dezember 1970) gefaßten Beschluß Rechnung.

